

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag von C. Mack'schen Buchdruckerei (Ludwig D. Strauß), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strauß in Neuenbürg.

51.

Mittwoch, den 3. März 1926.

84. Jahrgang.

## Innenminister Holz über Wohnungsfragen.

Stuttgart, 1. März. Aus einer Presskonferenz ermittelte der Minister des Innern Holz in eingehenden Ausführungen den Stand der Wohnungsfrage in Württemberg in der Kriegszeit und behandelte dabei verschiedene aktuelle Probleme. Die Ausführungen waren veranlaßt durch die scharfe Kritik an der württembergischen Regierung in öffentlichen Versammlungen in der letzten Zeit.

### Wohnungsnot:

Minister Holz bejahte das Vorhandensein einer Wohnungsnot, besonders in den größeren Städten, worunter er das Heilbronn nach kleineren Drei- bis Vierzimmerwohnungen verband, wobei er aber auf Statistiken keinen Wert legte. In Stuttgart habe man ja ausgerechnet, daß heute auf eine Person mehr Wohnraum komme, als in der Friedenszeit und habe daraus den Schluß gezogen, daß eine eigentliche Wohnungsnot überhaupt nicht vorhanden sei, sondern daß Einzelne zu viel Wohnraum in Anspruch nehmen und zu wenig wohnen infolge der niedrigen Mietpreise.

### Kampf gegen die Wohnungsnot:

Das Hauptmittel im Kampf gegen die Wohnungsnot sei der Neubau, dann aber auch die vorzügliche Voderung der Wohnungsverhältnisse. In Württemberg seien von Kriegsende bis Ende 1923 mit staatlicher Unterstützung etwa 22 000 neue Wohnungen und in der Zeit vom 1. Januar 1924 bis Mitte Februar 1925 12 300, zusammen 34 000 neue Wohnungen geschaffen worden. Die aufgewandten Summen betragen für die Zeit seit der letzten Währung 30 Millionen Mark, darunter seien aus Steuermitteln im Jahre 1924 10 Millionen, i. J. 1925 5 1/2 Millionen Mark und zum voraus verbraucht aus Steuermitteln von 1926 12 Millionen Mark, zusammen 27 Millionen Mark. Der Restbetrag verteilte sich auf Darlehen.

### Wohnungsbauprogramm in Württemberg für 1926:

Auf Frage des Wohnungsbauprogramms in Württemberg für 1926 betonte der Minister, daß als Mindestmaß der Durchschluß der Neubauten der letzten Jahre erreicht werden sollte. Die Schwierigkeit der Aufstellung eines eigentlichen Wohnungsbauprogramms beruhe in der Finanzierung. Die Summen, die aus Steuermitteln für den Wohnungsbauprogramm verwendet werden können, haben eben eine Obergrenze. Für das Jahr 1926 sei man auf 40 Millionen Mark angewiesen und hierin liege der größere Teil des Bauprogramms. Bei der Haltung der Reichsregierung und des Reichsbaupräsidenten sei die Erlangung von Anleihen für den Wohnungsbauprogramm gänzlich ausgeschlossen. So sei man auf Anleihen angewiesen, deren Möglichkeit recht bedenklich sei.

### Das Programm des Reiches:

Zu den Absichten des Reiches zum Wohnungsbauprogramm teilte Minister Holz mit, daß ohne Unterschied sämtliche Verwaltungen des Reiches wie der Länder davon überzeugt seien, daß nur aus der Wohnungsbaupolitik herauskommen müssen und daß die Mietzinspolitik mit der zögerlichen Angleichung der Friedensmiete nicht mehr haltbar sei. Im ganzen Reich sollen im Jahr 1926 etwa 150 000 Wohnungen erstellt werden, der Finanzierung durch die Ergebnisse der Gebäudenutzungssteuer, ferner durch Kredite der Reichswohnstättenbank erfolgen. Zur Verbilligung des Wohnungsbaus habe sich das Reich entschlossen, den württembergischen Wohnungsbauprogramm durchzuführen. Eine Kleinwohnung von drei bis vier Zimmern sollte dann nicht über 10 000 Mark zu stehen kommen.

### Die Gebäudenutzungssteuer:

Der Minister verbreitete sich dann über die Gebäudenutzungssteuer und teilte mit, daß der Entwurf über die Neuordnung in Württemberg in den nächsten Tagen dem Landtag vorgelegt werden werde. Württemberg habe nicht die Absicht, über das zum Reich vorgesehene Mindestmaß hinauszuweisen. Die Gesamtbelastung der Kataster komme in Württemberg auf über 40 Prozent. Eine solche Belastung bedeute aber für die, welche Eigentüme bewohnen, eine Unmöglichkeit, falls es notwendig geworden sei, Schonbestimmungen in das Gesetz einzufügen. Eine brutale Durchführung wäre nur der Tod des Eigentümers. Der Ertrag der Gebäudenutzungssteuer beläuft sich in Württemberg jährlich auf 13-14 Millionen.

### Mietzinsrückzahlung ab 1. April:

Vom 1. April ab lasse sich eine Mietzinsrückzahlung nicht mehr vermeiden. Die erst erzielte Erhöhung der Hypothekenzinsen und der Gebäudenutzungssteuer mache 5 Prozent der Friedensmiete aus. Wegen der Wirtschaftslage habe man aber die Mietzinsrückzahlung unverändert gelassen. Die Steuererhöhung, die ab dem 1. April in Kraft tritt, betrage über 20 Prozent der Friedensmiete. Diese gewaltige Steuererhöhung könne nicht auf den Gebäudenutzungsbesitz gelegt werden ohne die Mietzinsen gleichfalls zu erhöhen. Das Ministerium wolle auch nichts unternehmen und es dem Vermieter überlassen, in Einzelabrechnungen die neuen Läden auf den Mieter abzuwälzen. Im Einklang mit dem Gesetz über die Mietzinsrückzahlung habe sich das Ministerium entschlossen, statt dessen einen Mietzins festzusetzen, der die einzelnen Umfragen decken werde. Wenn er heute sage, daß die Miete künftig 120 Prozent betrage, so werde man ihn wohl zwingen. Wie hoch die Miete tatsächlich kommen werde, sei heute vor der Aussprache mit den anderen Landesregierungen noch nicht endgültig entschieden. Auf jeden Fall aber komme die Miete auf über 100 Prozent.

### Forderung der Zwangswirtschaft:

Der Minister betonte dann die mit dem heutigen Tage in Kraft getretene Verordnung über die Forderung der Zwangswirtschaft. Zwangswirtschaft und Mieterrecht brauche man auch in den nächsten Jahren, aber damit sei nicht gesagt, daß man alles beim Alten lassen müsse. Die Restordnung gebe

die Geschäftsstände und die teureren Wohnungen frei. Die jetzige Zeit der wirtschaftlichen Depression sei der beste Zeitpunkt dafür. Wenn die Hausbesitzer ihre Freiheiten mißbrauchen wollten, so würden sie vor der Gefahr, daß ihre Wohnungen und Geschäftsräume leer stehen. Die wirtschaftliche Depression zwinge sie einwärts, mit den Mietpreisen herunter zu gehen. Außerdem bleibe für alle Mieter der Schutz des § 52 des Mietvertragsgesetzes bestehen. Das ganze sei vorerst nur ein Versuch. Mit den Einzelmietern habe man günstige Erfahrungen gemacht, da die Preise für Einzelzimmer langsam zurückgehen.

### Die Gemeinschaft der Freunde in Württemberg:

Am Schluß kam Minister Holz auf die jetzt sehr unruhige „Gemeinschaft der Freunde in Württemberg“ zu sprechen. Der Grundgedanke der Gemeinschaft sei gesund und begründet. Das Ministerium habe aber die Aufgabe, ein Unternehmen von solcher Ausdehnung auf seinen Inhalt zu prüfen. Dabei hatte das Ministerium folgende drei Punkte erhoben:

1. Die Form des eingetragenen Vereins und das Verhältnis zu den Baupartnern. Die Gemeinschaft der Freunde ist ein eingetragener Verein von wenigen Personen, der mit zahlreichen Personen Baupartnerverträge abschließt. Diese Baupartner werden nicht Mitglieder des Vereins, sondern stehen dem Verein als Dritte gegenüber. Die eingehenden Gelder werden von dem Verein verwaltet und ausgegeben, ohne daß der Baupartner bei der Verwaltung und Vergebung der Gelder etwas mitzureden hätte. Demgegenüber betont die Gemeinschaft, daß ihr Unternehmen eben eine Vertrauenssache sei.

2. Die Lotterieliste und die Festhaltung des Kreises der Teilnehmer. Unbefriedigend sei, daß keine festen Grundstücke beständen, nach denen die Baupartner an der Lotterieliste und am Gewinn teilnehmen, daß vielmehr die Leitung aus einem fest gewählten Kreis von solchen, die am meisten einbezahlt haben, diejenigen auslösen, die Gelder bekommen sollen. Außerdem habe ein eingeholtes Gutachten des Oberlandesgerichts Stuttgart sich dahin ausgesprochen, daß es sich um eine verbotene Lotterieliste handle. Dieser Zustand ist inzwischen beseitigt worden.

3. Das Wichtigste war die Gefahr, ob die Baupartner sicher sind, überhaupt einmal zu ihrem Geld zu kommen. Die Gemeinschaft habe zwar angekündigt, daß spätestens nach 16 Jahren jeder zu einem Eigenheim komme, jedoch seien nach den Rechnungen des Ministeriums diese Hoffnungen falsch. Es sei unmöglich, der Gesamtzahl der Baupartner in diesem Zeitraum das versprochene Kapital zur Verfügung zu stellen. Demgemäß werde das Unternehmen jetzt nach der mathematisch-rechnerischen Seite hin genau geprüft werden.

Der Minister schloß seine Ausführungen mit der Versicherung, daß das Ministerium des Innern kein Interesse daran habe, die Organisation der Gemeinschaft der Freunde zu vernichten. Aber das öffentliche Interesse zwinge das Ministerium zu einer Prüfung, ob nicht die Tausende von Leuten, die jetzt mit Begeisterung der Gemeinschaft beitreten, am Ende die Enttäuschten und Geschädigten seien.

## Deutschland.

Berlin, 2. März. Im Hauptauschuß des Schweriner Landtages wurde mit den Stimmen der Deutschen Volkspartei und der Deutsch-Völkischen Freiheitspartei ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der die Staatsregierung ersucht, zu prüfen, ob und gegebenenfalls welche finanziellen Ermäßigungen von einem Anstich Westbaltisches an Preußen zu erwarten seien. Die Deutschnationalen stimmten gegen den Antrag.

### Dr. Veld reist fertig.

München, 2. März. In einer großen Versammlung der Bayerischen Volkspartei hielt Ministerpräsident Dr. Veld eine Rede, in der er auf seine Ausführungen im Bundtag zur Südtiroler Frage zurückkam. Er erklärte, es sei ihm nicht eingefallen, gegen die Reichsregierung zu verfahren. Er habe nicht als bayerischer Ministerpräsident ausländische Beziehungen durch seine Rede regeln wollen, aber was er als deutscher Mann zu einer Frage, die uns allen auf dem Herzen brenne, zu sagen habe, lasse er sich durch seine Stellung als Ministerpräsident nicht unmöglich machen. Er habe nur von einem Grundrecht jedes Deutschen Gebrauch gemacht. Ob er darüber und wieder er darüber reden dürfe, darüber brauche er keine Belehrung, auch nicht von einem deutschen Reichsminister. Reichstagsabgeordneter Veld berichtete dann über die Tätigkeit der Fraktion der Bayerischen Volkspartei im Reichstage und kündigte an, daß seine Partei aus der Regierung aussteigen würde, wenn im Jahre 1927 der Finanzetat nicht im Sinne der Forderungen der bayerischen Regierung zustande käme. Er forderte am Schluß seiner Ausführungen über die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei ein Volksbegehren für die Abänderung der Weimarer Verfassung, die nur etwa zehn Jahre bestehen bleiben dürfe. Dagegen werde wohl niemand von der Bayerischen Volkspartei am Volkbegehren über die Rüstungsbindung sich beteiligen. Der zweite Redner, Abgeordneter Strauß, der zweite Vorsitzende der bayerischen Landtagsfraktion der Partei, dankte Dr. Stresemann, daß er sein Veto gegen Mussolinis Gewaltspolitik in Südtirol einlegt hat. Er führte aus, daß die bayerischen Geschäfte des Kaiserreichs, daß Südtirol deutsch sei durch und durch. Was Mussolini dort macht, ist eine Verletzung des Naturrechts des Südtiroler Volkes. Der Nationalismus, wie er jetzt in Südtirol ins Kraut schießt, sei der verwerflichste der ganzen Welt. Uebergehend zu dem Verhalten Sillers verlangte er, daß die Behörden allmählich die Frage prüfen, ob der Mißbrauch der Beschränkungsfrist durch Siller noch länger geduldet werden dürfe. Weiter verlangte er eine Entscheidung der Regierung, Bayern müsse wieder seine Steuerhoheit zurückgeben werden. Eine Entscheidung sollte am Schluß der Versammlung diese Gesichtspunkte zusammenfassen.

## Italienischer Diplomatenwechsel.

Berlin, 2. März. Der „Vorwärts“ glaubt, eine völlige Umwandlung des diplomatischen und konsularischen Personals Italiens in ganz Deutschland ankündigen zu können. Es soll eine regelrechte „Jaschitzierung“ der italienischen Vertretung in Deutschland an Haupt- und Nebenorten durchgeführt und außer dem Botschafter Bodard nicht weniger als vierzig Personen entfernt werden. Von dem bisherigen Stab der Berliner Botschaft soll nicht viel übrig bleiben. Der hauptsächlichste Vertrauensmann der italienischen Regierung, Major Neucetti, hätte in seinem Geheimnisbericht jeden denunziert, der auch nur in einem leisen Verdacht stand, dem „Duce“ nicht genügend ergeben zu sein. Neucetti selber solle zum Berufsurlaub in Berlin ernannt werden. Er ließe gegenwärtig innerhalb der italienischen Kolonie in Berlin eine Adresse an die Regierung in Rom unterzeichnen. Die meisten Mitglieder der hiesigen italienischen Kolonie wagten es nicht, aus Angst vor Repressalien, ihre Unterschrift zu verweigern. Bei dieser Reorganisation der konsularischen Vertretung sollen vornehmlich Offiziere in Vertretungsfunktionen eingesetzt werden. Das System sei auch schon in anderen Ländern von Mussolini erprobt worden. Zum Leiter der konsularischen Organisation in Bayern mit dem Sitz in München sei der Major Gramacini ernannt worden. Der unmittelbar dem Direktor der konsularischen Partei in Rom, nämlich Herrn Farinacci untergeordnet sei. Der Major Gramacini sei bis heute Mitglied der internationalen Militärkommission in München. Das Konsulat in Stuttgart würde schon jetzt durch einen Vertrauensmann des Fascio, des ehemaligen Hauptmanns Vitale, geleitet. Seine besondere Aufmerksamkeit richtete der Fascio angeblich auf das rheinisch-westfälische Industriegebiet. Der Leiter des Fascio für das gesamte Westfalen wäre ein Herr Martini, mit seinem Sitz in Dortmund. Dort ließen auch alle Häupter der Handelsonsionen und dergleichen mehr in seiner Hand. Ihm sind die konsularischen Organisationen in Düsseldorf und Duisburg untergeordnet. In Sachsen endlich betreibe Neucetti eifrig einen Personalwechsel im Konsulardienst, weil ihm die bisherigen Inhaber dieser Posten nicht zuverlässig genug erschienen. Aus diesem Grunde hat er schon jetzt einen Hauptmann Bonatti nach Dresden delegiert. Soweit der „Vorwärts“. Auf alle Fälle wird es sich erweisen, diese Dinge im Auge zu behalten. Da Deutschland sich einen Rest von Souveränität im Innern immer noch bewahrt hat, sollte das auch nicht so schwierig sein.

## Ausland.

### Ein Schritt Frankreichs in Berlin.

Paris, 2. März. Die Besprechungen zwischen der deutschen und französischen Regierung über die polnische Frage sind, wie vom Cui d'Orsay mitgeteilt wurde, in Gang gebracht worden. Der französische Botschafter in Berlin hat gestern die Instruktionen des Außenministers Briand erhalten. Sie lauten dahin, daß Frankreich auf die Zulassung Polens in den Völkerbund als unabhängiges Mitglied dringt und daß die französische Regierung alle bisher von deutscher Seite gemachten Vorbehalte als nicht stichhaltig bezeichnet hat. In der von dem französischen Botschafter bei dem Reichsaussenminister auszuführenden Demarche soll folgendes gesagt werden: Die Bedingungen, auf Grund denen Deutschland den Eintritt in den Völkerbund angenommen hat, waren folgende: 1. ein ständiger Rat für Deutschland, 2. die Räumung Kölns, 3. die Interpretierung des Artikels 16 der Völkerbundsatzung, und 4. ein Versprechen für ein eventuelles Kolonialmandat. Das französische Argument lautet, daß Deutschland jetzt noch eine fünfte Bedingung aufstelle, nämlich die, nur allein in den Völkerbund aufgenommen zu werden. Auf eine solche Argumentation könne aber Frankreich nicht eingehen. Sollte die deutsche Regierung ihren Standpunkt nicht preisgeben, so würde sich die französische Regierung genötigt sehen, ihre Verhandlungsfreiheit wieder für sich in Anspruch zu nehmen, mit anderen Worten gegen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu stimmen. Sollte ferner der Reichsaussenminister Dr. Stresemann auf die Haltung Schwedens hinweisen, so würde er von Herrn Briand die Antwort erhalten: „Sagen Sie Herrn Widen, dem schwedischen Außenminister, daß Deutschland seine Bedenken gegen die Kandidatur Polens für den Völkerbund zurückzieht.“ Diese Information wurde gestern abend auch englischen und amerikanischen Journalisten gegeben. Die heutige Pariser Morgenpresse enthält sie nicht. Dagegen veröffentlicht der „New York Herald“ einen längeren Artikel, in dem er die oben erwähnten Argumente Frankreichs als Meinungen des französischen Ministerpräsidenten wiedergibt. Der „Matin“ erklärt, daß die Ausführungen des „New York Herald“ auf Nichtigkeit beruhen und schreibt, Deutschland würde sich einer großen Täuschung hingeben, wenn es annehmen sollte, daß Briands Expose in der Kammer irgendwelche Umwidmung in der Richtung bedeuten würde, die der französische Ministerpräsident von Anfang an in der Frage des polnischen Status eingeschlagen hat. Aus London wird nach berichtet, daß Briand über den in Berlin auszuführenden Schritt Chamberlains in Kenntnis gesetzt hat. Das „Echo de Paris“ glaubt zu wissen, daß England einen Vermittlungsversuch nach Paris gelangen ließ des Inhalts, Deutschland dürfe, solange Polen sich nicht im Völkerbund befindet, keine einzige Frage aufs Tapet bringen, die sich auf das polnisch-deutsche Verhältnis beziehe, also weder von dem Korridor, noch von Danzig, Oberschlesien oder den deutschen Minderheiten in Polen sprechen.

## Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 3. März. (Montblanc-Vortrag.) Daß der Montblanc der höchste Gipfel Europas ist, lernt jedes Kind in der Schule; auch die Höhe von 4810 Meter und die Lage





Belegenheit bietet. Wäre es so, dann wäre doch wohl das gegebene gewesen, die deutsche Regierung bei den Verhandlungen des letzten Jahres hiervon zu verhandigen. Mir ist auch nicht bekannt, daß die jetzt erörterten Veränderungen jemals auf der Tagesordnung der Bundesversammlung oder des Rates z. B. im September oder Dezember 1925 gestanden hätten. Wir haben von derartigen Absichten erst Kenntnis erhalten durch die Presseerörterungen. Von dem gleichen Schwergewicht ist aber für uns folgende Erwägung: Solange Deutschland noch nicht Mitglied des Völkerbundes ist, ist es überhaupt noch nicht zuständig, eine Meinung über etwaige künftige Veränderungen zu äußern. Erst wenn Deutschland Mitglied des Rates ist und durch praktische Erfahrungen Einblick in die Einzelheiten des Völkerbundsorganismus gewonnen hat, kann es in begründeter Weise zu etwaigen Anträgen auf eine anderweitige Zusammen-

setzung der Organisation des Rates Stellung nehmen, denn es muß daran festgehalten werden, daß es sich bei der Entscheidung über alle Veränderungen nicht um die einzelnen Mitgliedsstaaten handeln sollte, sondern um die Organisation und das Wohlergehen des Völkerbundes als solchen. — Es ist für mich bei diesem Sachverhalt unklar, daß man es durch Ablehnung unseres Standpunktes in der Frage der Ratstätigkeit dahin kommen lassen konnte, daß die großen Ergebnisse der Politik des letzten Jahres gefährdet werden. Der Reichskanzler führte in der Fortsetzung seiner Rede u. a. weiter aus: Seit Varna haben wir gesehen, welche Fortschritte erzielt werden können, wenn die politischen Fragen in Offenheit und Vertrauen behandelt werden. Die Völker haben Anspruch darauf, daß dieser ausföhrliche Weg weiter verfolgt wird. Wird die Frage des Eintritts bejaht? Wenn sie bejaht worden ist, so bedeutet das,

daß Deutschland die großen Gedanken der Völkerbundsgemeinschaft sich zu eigen macht. Für seine besonderen Interessen erwartet Deutschland im Rahmen der Völkerbundsgemeinschaft gleicher Weise Berücksichtigung und Verständnis, wie es dies selbst den anderen Ländern entgegenbringt. Die große internationale Entscheidung über den Eintritt ist gefallen. Nun kommt es darauf an, alle deutschen Kräfte lebendig zu machen, um mit dem Völkerbund an Deutschlands Wohl und am Wohl der Menschheit zu arbeiten. Der Eintritt in den Völkerbund unterbreitet sich von anderen Seiten unserer mühsamen Aufgabe dadurch, daß er uns ohne jeden Zweifel eine neue Bahn zu wirtschaftlicher Betätigung deutscher Kraft eröffnet. Wollen wir die uns gegebenen Möglichkeiten voll ausnützen, so müssen wir hin streben, daß ganz Deutschland geschlossen hinter unsere Vertreter im Völkerbund steht.

# ...aber was? Rahma-buttergleich

MARGARINE

### Bekanntmachung.

Eine Unterföhrung von 25000 Bänden stellt die Gesellschaft für Volksbildung, Berlin NW 52, Lüneburger Straße 21, aus der von ihr vermalten Aldert-Stiftung unentgeltlich zur Verfügung. Von den gebundenen Bänden ist der Einband zu entschädigen. Die Stiftung besteht seit 1903 und hat bisher 7141 Bänder mit sehr erheblichen Bändermengen unterföhrt. Im Jahre 1925 wurden Bücher im Werte von 17942,45 Mark an 506 Bänder abgegeben. Für wenig bemittelte kleinere Bänderereien wird auf diese Weise wertvolle Hilfe geschaffen.

Die Gemeindebehörden werden ersucht, die Verwaltungen der Ortsbibliotheken, Volksbänderereien usw. hierauf aufmerksam zu machen.

Neuenbürg, den 2. März 1926. Oberamt. Rempp.

### Stammholz-Versteigerung.

Die Gemeinde Langensteinbach versteigert am Montag, den 8. März ds. J., vormittags 11 Uhr, im Rathaus folgendes Stammholz:

42 Buchenbäume I.—IV. Klasse,  
62 Eichenbäume I.—V. Klasse,  
301 Fichtenbäume I.—VI. Klasse,  
71 Föhrenbäume und Abschnitte I.—III. Klasse.

Forstwart Müller zeigt das Holz auf Verlangen vor. Langensteinbach, den 1. März 1926. Gemeinderat.

### Jede Braut



Sollte wissen, dass sie noch als Brautjungfer Freude an ihrer Ausstattung-Wäsche haben wird, wenn sie Dr. Thompson's Seifenpulver verwendet, das nicht nur gründlich wäscht, sondern selbst die empfindlichsten Stoffe nicht angreift.

Dr. Thompson's Seifenpulver

### Scott's Emulsion

Das Vitamin reichste Nahrungsmittel für unsere Jugend!

Kräftige Knochen bekommen die Kinder durch Einnehmen von Scott's Emulsion.

Scott's Emulsion enthält die zum Aufbau der Knochen wichtigsten Bestandteile, besitzt hohe Nährkraft und wird auch vom Säugling leicht aufgenommen.

Scott's Emulsion ist unentbehrlich als Kräftigungsmittel bei Skrofulose, englischer Krankheit, Rachitis und Lungenleiden.

Man hole sich vor Nachahmungen, da diese oft anstelle des Originalpräparates angeboten werden. Scott's Emulsion ist in allen Apotheken und Drogerien zu haben.

DEPOTS:

Neuenbürg: Apoth. Bozenhardt.  
Calmbach: Drog. Alb. Barth.

### Wirt. Forstamt Langenbrand. Schicht-Verholz-Berkauf

am Mittwoch, den 10. März 1926, vormittags 10 Uhr, im Rathaus z. Löwen in Calmbach aus Staatswald Distr. I Größelberg, VI Eulenloch u. VII Ueberrück: Am.: Bu.: 5 Schtr.: 16 Bral.: 30 Klobh. Nadelh.: 3 Schtr.: 414 Andr. Losverzeichnisse durch die Forstdirektion, G. f. D., Stuttgart.

### W. Forstamt Biedenzell. Nadel-Stammholz-Berkauf

im schriflichen Aufsteich am Dienstag, den 9. März 1926, mittags 12 Uhr, nach Ankauf der Jäge, in Biedenzell auf der Forstamtskanzlei aus Staatswald des ganzen Forstbezirks: 1642 St., 2676 Za. mit Am.: Langh.: 89 L., 192 II., 448 III., 513 IV., 537 V., 88 VI. Kl. Sögh.: 23 L., 60 II., 42 III. Klasse, 557 Fo., 14 Pö. mit Festm.: Langh.: 9 II., 65 III., 79 IV., 79 V., 0,5 VI. Kl. Sögh.: 3 L., 17 II., 35 III. Kl. Losverzeichnisse und Angebotsordrucks durch die Forstdirektion, G. f. D., Stuttgart.

### Dr. Dorn, Charlottenhöhe von der Reise zurück.

Herrenalb.

### Der Bezirks-Bienenzuchtverein

hält am nächsten Sonntag, 7. März, mittags 2 Uhr, im „Röhlen Brunnen“

### Verammlung

ab, wozu Freunde und Gönner eingeladen sind.

Der Ausschuss.

### Zur Vertilgung von Feldmäusen und Ratten



ist Mäuse-Gift-Weizen, Mäuse-Gift-Oaser, Phosphor Kalwerger und Meerzwiebel, das idealste und billigste Vertilgungsmittel. Ferner empfehlen wir: Raupenleim, Laubbaumkardolium, Uraniogrün, Saalbeige usw.

Helfer, Desinfektions-Anstalt, Pforzheim, Güterstr. 11. Fernsprecher 1923.

Frei ins Haus (franko)

In Delikat 200 Stück Harzerkäse 4.95 Mk.

Ferner 9 Pfd. H. Limburger	5.95 Mk.
9 Pfd. Holsteiner Kugelkäse	5.50 Mk.
9 Pfd. Holländerart, fein	5.25 Mk.
9 Pfd. Tilsiterart in Staniol	6.95 Mk.

5 Kilo-Dose circa 70 untre Salzfortheringe 3.95 Mk. Klein Dose 3.95 Mk. E. Napp, Altona b. Hamburg 495.

### Sefangbücher

in reicher Auswahl

empfehlen die

E. Neeh'sche Buchhandlung, Neuenbürg

### Ein vorzügliches Nachschlagewerk!

Unentbehrlich für jeden Geschäftsmann, jeden Hotel- und Gasthofbetrieb!

## Adressbuch

für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Enthält auf rund 400 Seiten Text anregenden und praktischen Inhalts. Vorrätig und sofort lieferbar durch

E. Neeh'sche Buchdruckerei, Neuenbürg, Inh.: D. Strom.

### Heu und Dehmd

sind zu verkaufen

Calmbacher Str. Nr. 62.



### Pladfinder-Räder

leicht laufend, stabil und dauerhaft sind meine Pladfinder-Räder mit zweijähriger Garantie von 68 Mark an.

Nähmaschinen, Sprechapparate, Gummi, Laternen etc. Preise niedr.

Kunst. Katalog gratis.

Elek. Compagnie Kassel.

Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

## Damen- und Mädchen-Bekleidung

Mäntel, Kostüme, Tailorkleider, Röcke, Blusen

# C. Berner-Pforzheim

Verkaufsräume parterre und eine Treppe hoch.



ECKE METZGER & BLUMENSTRASSE

Bezugspreis  
Haltbarkeit in  
den 75 Gebirgs-  
die Vorkriegs-  
amtsbereich, für  
kalt ist. Seit 1925  
in Polstermöbeln,  
Küchengeräten,  
ausgehalten. Preis  
Nummer 10 6

In Fällen, die  
besteht kein Ansp  
Erfahrung der Zeit  
auf Rücksichtun  
Bezugspreis

Bestellungen er  
Polstermöbeln,  
Küchengeräten  
u. d. d. d. d. d.  
jederzeit er  
Großhandl  
C. Berner-Pforzheim

12 52.

Stuttgart, 2. 3  
Wirtschaftsbeha  
eine solche des Bau  
Begehrtes entlan  
ker des Innern er  
eingebildet werden  
ausgearbeitet, wou  
Soweit Mel über  
nangstlich überren  
man auch an die S  
Berkehr herantret  
mäßig der Verkeh  
sollen können. P  
den Turbauoffizier  
Vertreter der Regi  
zu neuen Umhaus  
berige Verteilung  
wird jede Umst  
Die Eingabe wurd  
gang nach Maßgeb  
en, ebenso weitere  
plische der Jagd-  
Waldwachen zur  
handes würt. Str  
fend der Haltung  
wurde ein Antrag  
höchlicher Beuten  
keinen Bedarf zu  
haben, auch bei ih  
menden und ander  
Sinn einzurufen.  
Arbeits von der  
möglichst des Nat  
Reich haben zu mi  
gen die Auswirts  
inwärtig gewohnt  
der Schulmache  
anhaltsbetrieben  
wahrne übergeben.

Zum Besu  
Seipzig, 2. Mär  
11 Uhr abends an  
angehörte Menschen  
hat befeht, 15 W  
Dokumente und das  
wört des Reichspr  
reichen Schatzmann  
den die Abherrun  
männlichen nur ge  
der sollte der Wei  
Wißung erben.  
lehen Tagen po  
hate, hielt abends  
batten sich unter  
weillos auf ein  
genen den Reichsp  
Bolsch konnten g  
immerhin kam es  
Zufahren zu Töt  
Verabschiedung

Ende Novembe  
in den meisten Kä  
verkauft, durch  
wie die Bevölkerung  
redet" steht. H  
mangen vor: 21  
Wittel- und Klein  
teiligung war —  
sichtlich reger, sie  
Wahlberechtigten  
gangsbrosentlich bo  
den Mittelstädten  
der Straßensöge;  
Siedgemeinden er  
gangen Ort. Den  
fragen vorgelegt,  
rang oder Verm  
mäßig der Ausde  
bungsrecht der ein  
war — mit einer  
Rig. In Prozent  
haben für das C  
in (no 3 Abstim  
Abstimmen den  
mungen) 78, 74,8  
sen) 67 und 60, in  
mangen zusammen  
Oberfeld (3 Abstim  
in Kassel 82, in  
Rordstraße 84,2, in  
In Mittel. u. n  
60, Eilenburg 79,5  
Börsinghausen 87  
bet in 78,4, Freib  
Friedl. 8, 68, Del  
fels 68, Götlich (no  
mangelhaft wurde)  
schl. 1. Schl. 92, 6  
78, Cappel 75,8 u.